

Montenegro

Sebastian Schäffer

Während die vergangenen Jahre durch politische Kontinuität in Person Milo Đukanović, aber auch durch Klientelismus und Korruption geprägt waren, kam rund ein halbes Jahr vor den nächsten Parlamentswahlen Bewegung in die Parteienlandschaft des kleinen Adriastaates. Eine Regierungsumbildung war notwendig geworden, da die Koalition aus der von Đukanović geführten Demokratischen Partei der Sozialisten (DPS) mit der Sozialdemokratischen Partei (SDP) nach fast 20 Jahren entgegen der Erwartungen aufgekündigt worden war. Zwar bleibt die SDP in der Regierung vertreten, hinzu gekommen sind aber auch mehrere kleinere Oppositionsparteien, die nun den Parlamentspräsidenten und Vize-Regierungschef stellen sowie Ministerposten im Innen-, Finanz-, Landwirtschafts- und Sozialministerressort übernehmen. Der neue Innenminister Goran Danilovic (DEMOS) hat sich zum Ziel gesetzt, die Mordanschläge auf Journalisten, die sich insbesondere in den vergangenen Jahren gehäuft hatten, aufzuklären. Es bleibt abzuwarten, ob dies eine echte Veränderung im politischen System zur Folge haben wird oder ob Đukanović, der seit 1991 immer Regierungs- beziehungsweise Staatschef war, hier nur aus Kalkül vor den Wahlen im Oktober handelt.

Trennlinien zwischen Regierung und Opposition: Einschränkung der Medienfreiheit, Korruption, NATO-Beitritt

Neben den Angriffen auf die Medienfreiheit und die allgegenwärtige Korruption kritisiert die Opposition insbesondere den geplanten Beitritt Montenegros zur NATO. Ende 2015 hatte Podgorica die Einladung durch den Generalsekretär Jens Stoltenberg erhalten. Am 19. Mai 2016 wurde das Beitrittsprotokoll durch die 28 Mitgliedstaaten unterzeichnet, womit Đukanović am Treffen der Staats- und Regierungschefs des euro-atlantischen Bündnisses im Juli in Warschau teilnehmen kann. Bis zur Ratifizierung durch die Parlamente der NATO-Mitglieder und mit dem offiziellen Beitritt wird aber nicht vor Beginn des Jahres 2017 gerechnet und kann sich formal auch bis Ende des kommenden Jahres hinziehen. Der Kreml hat bereits im Vorfeld der Unterzeichnung des Protokolls deutlich gemacht, dass eine Erweiterung des Bündnisses als Provokation gesehen wird und angekündigt alle wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Montenegro und der Russischen Föderation im Falle eines Beitritts abzubrechen.

Die Wahl im Oktober wird von Seiten Đukanovićs auch zu einer Abstimmung über den Beitritt hochstilisiert. Ein echtes Referendum lehnt die DPS ab. Laut Umfragen befürwortet zwar eine Mehrheit die Aufnahme des eigenen Landes in das euro-atlantische Sicherheitsbündnis, allerdings sind auch rund 15 Prozent noch unentschieden.¹ Insbesondere die serbische Minderheit, die knapp ein Drittel der Bevölkerung stellt, lehnt einen NATO-

1 Norbert Beckmann-Dierkes/Evelyn Haefs/Steffen Kawohl/Milica Mijatovic: Montenegros Beitritt zur NATO. Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung Serbien-Montenegro, Mai 2016, abrufbar unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_45330-544-1-30.pdf?160527130417 (letzter Zugriff: 14.6.2016).

Beitritt strikt ab. Die Parlamentswahl wird dadurch auch zu einer Richtungsentscheidung zwischen Orientierung nach Westen sowie der Europäischen Union und einer Vertiefung der Beziehungen zu Serbien und insbesondere auch zum Kreml.

Orientierung nach West oder Ost? Richtungsentscheidende Wahl im Oktober

Die Europäische Union sieht sich hierbei mit der schwierigen Situation konfrontiert, dass zwar ein Wahlsieg von Đukanović für die Fortsetzung der Annäherung an den *Acquis communautaire* wünschenswert wäre, gleichzeitig aber die über Jahrzehnte gefestigten Strukturen, die die montenegrinische Politik charakterisieren, ohne einen echten Regierungswechsel wohl kaum aufzulösen sind. Die Korruption bleibt eine der größten Herausforderungen für Podgorica auf dem Weg zu einer EU-Mitgliedschaft.

Mit Blick auf die Verhandlungen zum Beitritt konnten jedoch auch im vergangenen Jahr erneut Erfolge erzielt werden. Vier weitere Kapitel sind eröffnet worden (Finanzdienstleistungen, Verkehrspolitik, Energie sowie Transeuropäisches Verkehrsnetz) und damit insgesamt 22 von 31 in Verhandlung. Die beiden Kapitel Wissenschaft und Forschung (seit Dezember 2012) sowie Bildung und Kultur (seit April 2013) sind vorläufig geschlossen.² Mögliche zukünftige Schwierigkeiten für die Fortsetzung dieser positiven Bilanz sieht die Kommission in den Bereichen Wettbewerbsrecht sowie Umwelt. Hier werden besondere Anstrengungen notwendig sein, um die Anforderungen zur Eröffnung dieser Kapitel zu erfüllen. Tiefgreifende Reformen sind auch weiterhin im Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit und die damit in Verbindung stehenden Kapitel 23 und 24 notwendig.

Ausblick

Die Europäische Union sieht sich bei der montenegrinischen Wahl mit einem Dilemma konfrontiert, dass in einer anderen Konstellation bereits vor zehn Jahren bestand. Damals hat die Kommission versucht, durch die zweigleisige Verhandlung der Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit den beiden Entitäten der Staatenunion Serbien-Montenegro Podgorica näher an Brüssel zu binden, während die Beziehungen zu Belgrad aufgrund der damals noch nicht erfolgten Auslieferung von Kriegsverbrechern eingefroren waren. Gleichzeitig war Brüssel bestrebt, eine Abspaltung durch die erhöhte Hürde von 55 Prozent im Referendum über eine Unabhängigkeit Montenegros zu verhindern. Für eine Fortsetzung des Integrationsprozesses wäre ein Wahlsieg der DPS aus Sicht der Kommission zumindest die sichere Variante, dennoch scheint eine Bewältigung der beschriebenen Herausforderungen unter Ministerpräsident Đukanović schwer möglich.

Weiterführende Literatur

Jelena Dzankic: Montenegro and the EU: Changing Contexts, Changing Roles, in: Radeljic, Branislav (Hrsg.): *Europe and the Post-Yugoslav Space*, London and New York 2016, S. 109-132.

Branko Banovic: The Reproduction of Contemporary Montenegrin Identity in the Context of NATO and EU Membership: Is NATO Solidifying or Fracturing the Montenegrin Identity? in: *The Montenegrin Warrior Tradition. Questions and Controversies over NATO Membership*, London and New York 2016, S. 85-104.

2 European Commission: Commission Staff Working Document, Montenegro 2015 Report, Brussels, 10. November 2015, SWD(2015) 210 endg.